



Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Montag, 26. Juni 1978

Blatt 1513

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Bereits über FS Neue Schubert-Gedenktafel in Döbling
ausgesendet: Josefstadt: Telefonzellen sollen erneuert werden
(violett) Erholungsaufenthalte für 20.000 Wiener Kinder
 Stadtbibliothek erwarb Abschriften von Schubertliedern
- Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Donaubereich und Verkehrskonzept in der "Gemeinderätlichen"
 Lobau-Verordnung fertiggestellt
 Tausende kamen zum Tramwayfest und auf den Stephansplatz
- Lokal: Wieviel Staub schluckt ein Buchenwald?
(orange) Instandsetzungsarbeiten im Amalienbad
- Nur
über FS: 24.6. Tramwayfest: Großer Andrang am Karlsplatz
 Eröffnung der Sportschießstätte Süssenbrunn
 Tramwayfest: Sechsjährige verlief sich
 Trotz Regen: Tausende kamen zum Tramwayfest
 Nach Tramwayfest: Am neuen Stephansplatz
 TV-Übertragung aus der Wiener City abgesagt

.....
bereits am 24. juni 1978 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

L o k a l :

=====

neue schubert-gedenktafel in doebbling

1 wien, 24.6. (rk) eine neue gedenktafel erinnert nun im heiligenstaedter park in doebbling an leben und werk des 1797 in wien geborenen und 1828 verstorbenen komponisten franz schubert. die tafel selbst wurde samstag von stadtrat peter s c h i e d e r in anwesenheit des doeblinger bezirksvorstehers richard s t o c k i n g e r in die obhut der stadt wien uebernommen. gestiftet wurde die gedenktafel, die sich bei einer schubertlinde befindet, von einem doeblinger Ehepaar.

die schubertlinde im heiligenstaedter park ist allerdings nicht die linde, unter der der komponist sass, als er das gedicht "der lindenbaum" vertonte: sie wurde, wie andere schubertlinden, in der zeit der spaetromantik als erinnerung an den wiener komponisten gepflanzt. (hs)

26. juni 1978

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1515

.....
bereits am 25. juni 1978 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

josefstadt:

telefonzellen sollen erneuert werden

1 wien, 25.6. (rk) in einem antrag an die bezirksvertretung wurde festgestellt, dass es in der josefstadt eine grosse anzahl desolater fernsprechzellen gibt. unter mitwirkung der bevoelkerung, vor allem der schuljugend, soll nun eine erhebung durchgefuehrt werden, um saemtliche desolaten telefonzellen zu erfassen.

die bezirksvertretung hat den einstimmigen beschluss gefasst, an die post- und telegraphenverwaltung heranzutreten, um den austausch dieser fernsprechzellen zu verlangen. (ka)

++++

.....
bereits am 25. juni 1978 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

L o k a l :

=====

erholungsaufenthalte fuer 20.000 wiener kinder

2 wien, 25.6. (rk) rund zwanzigtausend wiener kinder werden auch heuer wieder in den heimen der im wiener jugendhilfswerk zusammengefassten organisationen einen schoenen sommeraufenthalt erleben koennen. fuer diese ferienaktion im in- und ausland stehen dem wiener jugendhilfswerk geldmittel in der hoehe von 3,15 millionen schilling zur verfuegung, ueber deren aufteilung an die heimfuehrenden organisationen des kuratoriums des wiener jugendhilfswerkes diese woche beraten hat. diese geldmittel stammen aus subventionen der stadt wien und des bundesministeriums fuer soziale verwaltung.
(may)

++++

26. juni 1978

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1517

.....
bereits am 25. juni 1978 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k u l t u r :

=====

stadtbibliothek erwarb abschriften von schubertliedern

3 wien, 25.6. (rk) die wiener stadt- und landesbibliothek erwarb vor kurzem bisher gaenzlich unbekannte abschriften von liedern schuberts, die aus dem besitz von schuberts jugendliebe, therese grob, stammen. sie wurden ebenso wie das beruehmte therese grob-album in der zweiten haelfte des jahres 1816 angefertigt und sollten wohl urspruenglich in dieses album aufgenommen werden. (may)

++++

k o m m u n a l :

=====

trotz regen: tausende kamen zum tramwayfest und auf den neuen
stephansplatz

wien, 26.6. (rk) die wiener verkehrsbetriebe feierten ihren 75. geburtstag - und tausende wienerinnen und wiener kamen am samstag trotz unfreundlichem wetter zum festzug der historischen strassenbahnen. buergermeister leopold g r a t z , die mitglieder des stadsenats sowie zahlreiche abgeordnete des nationalrates, bundesrates und wiener landtages nahmen an dem festzug teil.

bereits um 10 uhr hatten die "tramway-oldies" am karlsplatz aufstellung genommen und zahlreiche interessierte angelockt. wenig spaeter musste wegen des grossen andranges und der aufstellung des strassenbahn-festzuges der strassenbahnbetrieb auf der zweierlinie eingestellt werden. es wurde in diesem abschnitt ein schienenersatzverkehr eingerichtet.

die pferdetramway hatte es der sechsjaehrigen michaela angetan. voll begeisterung sah das maedchen beim "rangieren" der pferdetram zu und ploetzlich hatte es im gedraenge seine eltern verloren. da sprang die polizei als helfer ein und brachte michaela mit dem funkwagen nach hause.

um 13.30 uhr setzte sich der festzug in bewegung: im ersten wagen sorgte - trotz regen - musik fuer festliche stimmung. dahinter kamen als besondere attraktion eine zweisepaennige pferdetramway, gefolgt von einer dampftramway samt beiwagen. daran schloss sich eine lange reihe der verschiedensten strassenbahntypen, die in den letzter 75 jahren in wien gefahren sind. den abschluss des festzuges bildete die modernste grossraum-strassenbahngarnitur, der sogenannte "emil 2".

nach dem tramwayfest gingen einige tausend wienerinnen und wiener mit dem buergermeister durch die kaerntner strasse zum stephansplatz. punkt 14 uhr schlug buergermeister leopold gratz den ersten nagel fuer die aktion zur restaurierung des nordturms der stephanskirche in den vor dem "stock im eisen" aufgestellten buchenstamm ein.

da der wettergott absolut nicht mitspielte, wurden um 16 uhr alle vorgesehenen veranstaltungen abgesagt. auch das bunte wiener programm unter dem titel ''da schaut der steffel laechelnd auf uns nieder'', das in fs 2 uebertragen werden sollte, fiel buchstaeblich ins wasser.

der wiener buergermeister erklaerte nach der absage, dass diese veranstaltung nicht endgueltig dem wetter zum opfer gefallen sei, sie soll - so versprach der buergermeister - noch in diesem sommer nachgeholt werden. (ka)

++++

k o m m u n a l :

=====

donaubereich und verkehrskonzept in der "gemeinderaetlichen"

1 wien, 26.6. (rk) berichte ueber den stand der arbeiten im donaubereich sowie ueber das verkehrskonzept standen freitag auf der tagesordnung der 35. gemeinderaetlichen stadtplanungskommission.

nach dem vorliegenden zeit-kostenplan der koordinationsstelle donaubereich soll vor allem der hochwasserschutz forciert werden. wien koennte demnach 1984 bereits vor jeder hochwasserkatastrophe sicher sein. das gesamtprojekt soll 1987 fertiggestellt sein. die oevp, die in der diskussion zwar ebenfalls den raschen ausbau von hochwasserschutzmassnahmen verlangte, stimmte diesem zeit-kostenplan nicht zu.

zum verkehrskonzept, das den oppositionsparteien zuwenig konkret erscheint, brachte die oevp einen abaenderungsantrag mit prioritaaetensetzungen und den verzicht auf strassentrassen ein, der mit mehrheit abgelehnt wurde. planungsstadtrat univ.-prof. dr. rudolf w u r z e r erklaerte, dass ein endgueltiger generalverkehrsplan erst dann vorliegen koenne, wenn die experten ihre gutachten erstellt haben, und wenn das bautenministerium eine neubewertung des bundesstrassennetzes vorgenommen habe.

finanzstadtrat m a y r wies darauf hin, dass im rahmen des verkehrskonzeptes keine prioritaaeten gesetzt werden koennten, da der verzicht auf eine strassentrasse sofort ein zurueckstellen der finanzierung zur folge habe. die stadt wien muesse zuerst mehrere gleichwertige verkehrslaesungen aufzeigen, dann die finanzierungsgespraech mit dem bund fuehren und schliesslich ueber die ausfuehrung entscheiden. die oevp-forderung nach konkreten verkehrsbuendelungen vor der neubewertung des bundesstrassennetzes kaeme einer schwaechung der gespraechsbasis mit dem finanzminister gleich. auch buergermeister g r a t z sagte, dass er einen volumensmaessigen verzicht auf bundesstrassenmittel fuer nicht gerechtfertigt halte. darueber hinaus duerfe man den leuten nicht einreden, dass das autofahren in zukunft leichter und billiger und das parken problemloser werde, sondern man muesse versuchen, die einstellung der wiener zu ihrem auto an die gegebenen verhaeltnisse anzupassen.

die spoe-mitglieder der gemeinderaetlichen stadtplanungskommis-
sion empfahlen dem magistrat, die moeglichkeiten zur realisierung
der in der verkehrskonzeption vorgeschlagenen kurz- und mittelfristi-
gen massnahmen zur verbesserung der verkehrssituation zu ueberpruefen
und entsprechende massnahmen einzuleiten. (ba)

0857

k o m m u n a l :

=====

Lobau-verordnung fertiggestellt

2 wien, 26.6. (rk) die lobau-verordnung, die teile dieses alten
augebiets zum naturschutzgebiet erklart und die lobau vor zer-
stoerenden eingriffen schuetzen soll, ist nun fertiggestellt und soll
in kuerze in kraft treten. stadtrat peter s c h i e d e r wird im
rahmen einer pressekonferenz am freitag, dem 30. juni, im konferenz-
saal des pid im rathaus ueber die lobau-verordnung informieren. dabei
wird auch eine kurze tonbildschau gezeigt werden. (hs)

geehrte redaktion

.....

bitte merken sie vor:

zeit: freitag, 30. juni, 11.30 uhr.

ort: konferenzsaal des pid, rathaus, stiege 3.

0900

26. juni 1978

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1523

k o m m u n a l :

=====

geehrte redaktion

.....

5 wien, 26.6. (rk) der amtsfuehrende stadtrat fuer staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz, heinz n i t t e l , veranstaltet anlaesslich der gleichenfeier fuer das im bau befindliche neue zentrum landstrasse im hotel hilton ein

p r e s s e g e s p r a e c h .

wir laden sie dazu herzlich ein.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 3. juli, 10.30 uhr.

ort: wien 3, hotel hilton (beim aez, gegenueber bahnhof landstrasse), fuerst de ligne-saal.

presse- und informationsdienst
der stadt wien

0923

L o k a l :

=====

wieviel staub schluckt ein buchenwald?

3 wien, 26.6. (rk) wieviel tonnen staub schluckt ein hektar buchenwald im jahr? wieviele forstpflanzen wurden in den letzten zehn jahren in wien gesetzt? das waren zwei der fragen aus einem waldquiz, der im rahmen der woche des waldes im april fuer wiener hauptschueler durchgefuehrt wurde. die richtigen antworten dazu konnten in einem kleinen prospekt gefunden werden.

unter den zahlreichen hauptschuelern, die ihren fragebogen richtig ausgefuellt hatten, wurden buchpreise verlost: diese preise - natuerlich ebenfalls buecher, die sich mit der bedeutung des waldes beschaeftigen - wurden den 24 gewinnern kuerzlich im forstamt der stadt wien ueberreicht.

uebrigens: ein hektar buchenwald schluckt jaehrlich 70 tonnen staub, und in wien wurden in den vergangenen zehn jahren 300.000 forstpflanzen gesetzt. (hs)

0917

instandsetzungsarbeiten im amalienbad

4 wien, 26.6. (rk) wegen instandsetzungsarbeiten und errichtung einer 3-meter-sprunganlage wird die schwimmhalle des amalienbades vom 3. juli bis 31. juli geschlossen.

die damen-saunaabteilung des amalienbades bleibt vom 3. juli bis jahresende geschlossen. es wird eine neue zweite saunakammer sowie ein frischlufthof errichtet und eine neue filteranlage eingebaut. (ka)

0918

k o m m u n a l :

=====

geehrte redaktion:

kein buergermeister-pressegesprach

6 wien, 26.6. (rk) wegen der beratungen des wiener gemeinde-
rates entfaellt diese woche am mittwoch das pressegesprach des
wiener buergermeisters. die einladungen fuer das naechste presse-
gesprach werden rechtzeitig ergehen. (red)

0939

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1)

7 wien, 26.6. (rk) in der sitzung des wiener gemeinderates, der heute montag unter dem vorsitz von buergermeister leopold g r a t z zusammentrat, waren sieben antraege eingebracht worden. ein fpoe-antrag betrifft die wahrung des stadtbildes am ballhausplatz. zwei antraege der bezirksvertretung neubau betreffen die umgestaltung des johann strauss-parks und die schaffung von pkw-abstellplaetzen auf dem grundstueck neustiftgasse 89 - 91. vier antraege der bezirksvertretung brigittenau betreffen die fortsetzung der baumassnahmen fuer den hochwasserschutz auf dem rechten donauufer, den ausbau des noerdlichen teiles der brigittenau, die erweiterung des parks bei der brigittakapelle sowie die zwischenzeitliche nutzung der donauinsel. (smo) (forts.)

0941

gemeinderat (2):

rechnungsabschluss 1977

9 wien, 26.6. (rk) die wiener stadtverwaltung setzte sich fuer 1977 das ziel, die vollbeschaeftigung aufrecht zu erhalten, das wachstum der wiener wirtschaft zu ermoeglichen, die staedtischen bauvorhaben in optimaler weise fortzufuehren und den voraussichtlichen abgang zu verringern, erklarte finanzstadtrat h a n s m a y r (spoe). diese zielsetzungen konnten voll erfuehrt werden.

im jahre 1977 gab es in wien um 10.000 arbeitsplaetze mehr als 1976, und die arbeitslosenrate war mit 1,1 prozent weit unter dem international als fuer vollbeschaeftigung angesehenen wert. der abgang verringerte sich, wie immer man die rechnung anstellt, um 1,5 milliarden. diese verbesserung gelang, obwohl der investitionsanteil gegenueber 1976 spuerbar erhoehrt werden konnte.

in den letzten fuenf jahren wurden in der geschaeftsgruppe finanzen und wirtschaft wesentliche reformen durchgefuehrt. zu nennen sind:

- o gruendung der wiener holding
- o einrichtung des wirtschaftsbeirates fuer wien
- o gruendung der allgemeinen krankenhaus planungs- und errichtungsgesellschaft
- o reform der vergnuégungssteuer
- o neugestaltung saemtlicher wirtschaftsfoerderungsmassnahmen der stadt wien
- o einigung ueber spitalsfinanzierung
- o uebernahme der floridsdorfer bruecke durch den bund und
- o aktion baurecht.

durch die gruendung der wiener holding ist es gelungen, so mayr, zwischen politischer und wirtschaftlicher verantwortung eine trennung herbeizufuehren. die beteiligungen der stadt wien sind nun in einer weise geregelt, dass die betriebe gute voraussetzungen fuer das wirtschaften haben.

im wirtschaftsbeirat fuer wien werden die gesetzlichen und freiwilligen interessensvertreter der arbeitnehmer und arbeitgeber zur beratung beigezogen. die verhandlungen erfolgen in einer guten atmosphaere. stets wird die sache vor die politische propaganda gestellt.

die wirtschaftsfoerderung in wien wurde staendig den wirtschaftlichen verhaeltnissen angepasst. es blieben keine wesentlichen wuensche der interessensvertretungen offen. die gute arbeit schlaegt sich im wirtschaftlichen ergebnis wie mehr arbeitsplaetze und niedrige arbeitslosenrate nieder.

in der spitalsfinanzierung wurde ein ergebnis erzielt, dass den leistungen wiens gerecht wird. allerdings bleibt eine frage offen: wien bekommt noch immer keine abgeltung fuer jene 20 prozent der patienten, die aus den anderen bundeslaendern kommen.

abschliessend erinnerte stadtrat mayr daran, dass derzeit alle gebietskoerperschaften - bund, laender und gemeinden - vor dem problem stehen, dass die aufgaben rascher steigen als die zur verfuegung stehenden einnahmen. der finanz- und investitionsplan der stadt wien sieht bis 1982 ein jaehrliches steigen der ausgaben von 8,6 prozent vor, dem ein steigen der einnahmen von 6,8 prozent gegenuebersteht. diesen aspekt sollten alle gebietskoerperschaften bei einer diskussion um die lohnsteuerreform beruecksichtigen. eine lohnsteuerreform,

die zum beispiel 10 milliarden mindereinnahmen braechte, wuerde sich folgendermassen auswirken:

bund - 4.960 millionen
 laender - 1.910 millionen
 gemeinden - 1.530 millionen
 familienlastenausgleich - 230 millionen
 katastrophenfonds - 230 millionen
 wasserwirtschaftsfonds - 115 millionen
 wohnbaufoerderung - 1.030 millionen.

fuer wien ergeben sich mindereinnahmen von 1.142 millionen, davon allein 285 millionen fuer die wohnbaufoerderung. ohne mit der bekanntgabe dieser zahlen eine wertung vornehmen zu wollen, gehoert es doch zur pflicht eines finanzreferenten, den gemeinderat ueber die auswirkungen einer lohnsteuerreform zu informieren, erklaerte stadt-rat mayr.

der kontrollamtsbericht zeigt, dass die mehrheit in diesem hause die laufende kontrolle wuenscht und es keine bestrebungen gibt, die arbeit des kontrollamts zu behindern. (sei) (forts)

1127

gemeinderat (3):

debatte rechnungsabschluss

10 wien, 26.6. (rk) gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) bezeichnete das kontrollamt als wichtiges hilfsinstrument des gemeinderates fuer eine wirkungsvolle kontrolle. die fpoe habe sich daher stets um ein groesseres gewicht des kontrollamtes bemueht. die mehrheit habe jedoch im rahmen der verfassungsreform lediglich einen kontrollausschuss zugestanden, der nichts am unbefriedigenden status des kontrollamtes aendert. die fpoe wird weiterhin das ziel verfolgen, ein kontrollamt zu schaffen, das von stadtregerung und magistrat unabhaengig ist.

aus dem vorliegenden kontrollamtsbericht ist zu ersehen, dass gemeindebetriebe oder solche mit kommunaler beteiligung der bauwirtschaft, der gastronomie und des veranstaltungssektors als hauptverlusttraeger aufscheinen. bei der "fertigteilbau" ist der umsatz zurueckgegangen, die auftragslage hat sich weiter verschlechtert und

die zukunftsansichten sind düster. hier wirkt sich die umorientierung auf kleinere projekte der stadterneuerung aus. bei den gastronomischen betriebe hat sich die katastrophale lage weiter verschlechtert. bellevue und cobenzl sind ruinen und koennen nicht verpachtet werden. umsatzrueckgaenge auch bei wigast und woek, verluste beim "donauturm". der redner stellte einen a n t r a g betreffend verkauf der gastronomischen betriebe.

die stadthalle entwickelt sich zu einem fass ohne boden. die hineingepumpten summen, rund 200 millionen seit 1977, stehen in keiner vernuenftigen relation zu erfolg und bedeutung. das kontrollamt kritisiert, dass von der geschaeftsfuehrung zu viele und zu teure dienstfahrzeuge benuetzt werden. dessen ungeachtet denkt die geschaeftsfuehrung an die anschaffung zweier mercedes um eine halbe million schilling. der redner brachte den a n t r a g ein, die geschaeftsfuehrung der stadthalle zu verhalten, vom kauf der in aussicht genommenen dienstfahrzeuge abstand zu nehmen. dem kontrollamtsbericht ist zu entnehmen, dass ueber die subventionsmillionen fuer den freyler-verein noch immer keine abrechnung und klarheit vorhanden ist. wie lange soll darauf noch gewartet werden?

der rechnungsabschluss spiegelt die masslose ueberforderung des staedtischen haushalts wieder. wenn von einer gesamtverbesserung von 1,5 milliarden gesprochen wird, weil die schulden 2,5 milliarden statt 3,6 milliarden ausmachen, so klingt das wie ein hohn. insgesamt stieg jedoch in einem jahr die schuldenlast um 20 prozent. ein abgang von mehr als 500 millionen s ist ueberhaupt nicht mehr durch darlehen abzudecken. er wird durch sonderruecklagen fuer das neue allgemeine krankenhaus und fuer aufschliessung von betriebsbaugeländen ausgeglichen. das ist ein vorgang, als wuerde ein vater die sparbuecher seiner kinder pluendern, weil er sonst nicht mehr auskommt. die fpoe, die in den vergangenen fuef jahren keine lizitationspolitik betrieben hat und stets fuer sparsamkeit eingetreten ist, wird dem kontrollamtsbericht zustimmen, aber nicht dem rechnungsabschluss. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (4):

debatte rechnungsabschluss

11 wien, 26.6. (rk) der rechnungsabschluss stehe fuer die politik der spoe in wien, erklarte gr. h a h n (oevp). das arbeitsprogramm, das buergermeister leopold gratz vor fuef jahren vorgelegt hat, sei zu einem grossen teil nicht erfuehlt worden. erst nach dem einsturz der reichsbruecke seien brueckenkontrollen vorgenommen worden, erst nach mehreren explosionen sei ein sanierungsprogramm fuer das gasrohrnetz erstellt worden, die stadtbahn befinde sich in einem schlechten zustand. nachlaessigkeit sei auch bei Neubauten - etwa beim weststadion - festzustellen. falsche prioritaaeten seien gesetzt worden: zuviele grossprojekte seien auf einmal begonnen worden. die donauinsel werde nun in geaenderter form errichtet. zwischenzeitlich sei aber eine erhoehnte hochwassergefahr gegeben. die grossklaeranlage sei oft und spaet umgeplant worden. das schafbergbad sei um 255 prozent teurer als geplant gewesen. bei zehn grossprojekten sei es zu baukostenueberschreitungen von 4,1 milliarden gekommen. fuer eine echte dezentralisierung durch mehr rechte fuer die bezirke sei bis jetzt nichts geschehen. hahn kuendigte an, dass die oevp den kontrollamtsbericht zur kenntnis nehmen werde.

noch immer gebe es kein verkehrskonzept, kein energiekonzept, keinen stadtentwicklungsplan.

dem im rechnungsabschluss ausgewiesenen verlust von 520 millionen stehe der von stadtrat mayr in einer pressekonferenz angegebene "eigentliche abgang" von 1.485 millionen gegenueber. die verschuldung sei jedoch um 3,6 milliarden gestiegen. fuer den u-bahn-bau sei nunmehr eine ruecklage gebildet worden, nachdem 334 millionen fuer den u-bahn-bau im jahre 1976 nicht verbraucht worden waren, ohne eine ruecklage zu bilden und noch anfang 1978 ein oevp-antrag auf bildung einer ruecklage fuer die u 3 abgelehnt worden sei. die oevp trete fuer die bildung von ruecklagen fuer wichtige grossprojekte ein und werde daher dem punkt 4 des rechnungsabschlusses

(u-bahn-ruecklage) als einzigem punkt zustimmen. als einnahmen aus den gemeinsamen bundesabgaben seien 35,3 prozent angenommen, jedoch nur 32,9 prozent erreicht worden. die differenz muesse der buerger aus erhoekten gebuehren - zum beispiel muellabfuhr und wasser - be-gleichen. bei der gewerbesteuer sei ein starkes steigen zu bemerken. nur die klein- und mittelbetriebe sowie die lohnsteuer halten das budget, erklaerte hahn. man muesse deshalb alles tun, um den mittel-stand gesund zu erhalten.

die laender und gemeinden seien in den letzten jahren vom finanzminister "gewaltig geschossen" worden. der bund habe sich erhoekte einnahmen verschafft, ohne die laender und gemeinden daran zu beteiligen. in den letzten vier jahren habe sich die summe auf 17 milliarden s belaufen. angeblich plane der finanzminister den lehrerpersonalaufwand den laendern "anzuhaengen". er biete dafuer angeblich einen hoeheren anteil an der koerperschaftssteuer, die jedoch keine steigenden anteile aufweise.

beim hochwasserschutz seien unterlassungssuenden begangen wor-den. fuer das rechte ufer sei nichts geschehen. bei der klaeranlage seien statt 138 nur 100 millionen schilling verbraucht worden. dies sei die folge von fehlplanungen und zu spaet erfolgten ueberpruefun-gen.

einige wesentliche von der oevp zum budget eingebrachten ab-aenderungsantraege - so zum beispiel mehr mittel fuer die wasserver-sorgung und fuer betriebsbaugebiete - seien abgelehnt, aber dann be-ruecksichtigt worden.

die verwirklichung konkreter forderungen der oevp haette drei milliarden s gekostet. diese mittel haetten durch geringere kosten-ueberschreitungen, durch bessere planung und durch die vermeidung des bauring-verlustes hereingebracht werden koennen.

die schwerpunkte des oevp-programms bilden die attraktivierung der oeffentlichen verkehrsmittel, stadterneuerung statt stadter-weiterung, mehr gruen in die dichtverbauten gebiete, renovierung der alten wohnhaeuser, bessere nahversorgung, bessere medizinische versorgung und mehr dezentralisierung. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (5):

debatte rechnungsabschluss (forts)

12 wien, 26.6. (rk) ein umfangreiches bild ueber die arbeit der wiener stadtverwaltung entwarf gr. m a y r h o f e r (spoe). seit 1973 wurden fuer 90.000 familien gute wohnverhaeltnisse geschaffen, der schwerpunkt wurde von der stadterweiterung auf die stadterneuerung verlagert, die rudolfstiftung wurde in betrieb genommen, das akh hat eine neue bauorganisation erhalten, aerztepraxen wurden verwirklicht und die bemuehungen um die behinderten verstaerkt. vier neue pensionistenheime wurden in betrieb genommen, 11 stehen in bau oder in der planungsphase. ein baumschutzgesetz wurde erlassen, die umstellung der heizungen zugunsten besserer umweltbedingungen forciert. weitere grosse leistungen der stadtverwaltung waren die inbetriebnahme der u 1 zwischen reumannplatz und karlsplatz, der suedost-tangente, die gestaltung von fussgaengerzonen, die errichtung von haeusern der begegnung, von neuen baedern und von insgesamt 22 neuen schulen. die dritte wiener wasserleitung und die grossklaeranlage in kaiser ebersdorf stehen kurz vor der fertigstellung. diese leistungen seien durch die vorausschauende wirtschaftspolitik der sozialistischen partei moeglich gewesen. der groesste erfolg sei jedoch die arbeitsplatzsicherung. trotz rueckklaeufiger bevoelkerungsentwicklung und konjunkturabschwaechung sei die vollbeschaeftigung gesichert. 1973 habe es 771.130 unselbstaendige beschaeftigte gegeben, 1977 waren es 804.157. fuer wirtschaftspolitische foerderungsmassnahmen seien 143 millionen im jahr 1977 ausgegeben worden, fuer geeignete betriebsaufschliessungsgebiete 550 millionen, was eine zusaetzhche arbeitsplatzsicherung von 20.000 arbeitsplaetzen bedeutete. jahr fuer jahr sollen 250.000 quadratmeter neues betriebsbaugebiet erschlossen werden.

zur zuweisung von bundesmitteln: eine grosstadt wie wien habe hohe betraege fuer den oeffentlichen nahverkehr, fuer den individualverkehr, fuer die ver- und entsorgung, fuer die kulturellen einrichtungen und krankenanstalten auszugeben. die einnahmen werden nach einem bestimmten bevoelkerungsschluessel auf andere gebietskoerperschaften aufgeteilt. 1976 hat jeder wiener 4.800 schilling

an andere gebietskoerperschaften abgegeben. trotzdem sei im oesterreichischen gemeindebund, in dem die oevp den ton angebe, ein antrag auf einen abgestuften bevoelkerungsschluessel zu ungunsten wiens gestellt worden.

in ihrer wien-politik haben sich die sozialisten immer wieder den ausgleich mit den oppositionsparteien gesucht und kompromisse angestrebt. im wiener gemeinderat sind in der zeit vom november 1973 bis mai 1978 5.422 beschluesse zustande gekommen, 154 davon ohne zustimmung der oevp. von 96,5 prozent der beschluesse habe sich die oevp nicht ausschliessen koennen, da sie keine alternative gehabt habe. die oevp-antraege seien immer dahin gegangen, entweder mehr geld auszugeben, oder weniger geld einzunehmen.

ebenso unrealistisch wie ihre antraege sei auch das pro-wien-programm der oevp. die oevp-bezirksprogramme seien entweder nicht mit den bezirken erstellt worden, oder man habe auf die koordinierung mit den anderen bezirken vergessen. die spoe werde am 8. oktober mit einem fundierten rechenschaftsbericht und mit eindeutigen aussagen ueber die zukunft wiens vor ihre waehler treten. (ba)

die oevp wird sich weiterhin fuer mehr rechte der buerger, eine dezentralisierte verwaltung und ein unabhaengiges kontrollamt einsetzen, erklarte stadtrat dr. g o l l e r (oevp). die versprechungen von buergermeister gratz blieben ein lippenbekenntnis. in dieser funktionsperiode ist in wien keine volksabstimmung moeglich, und die buergerinitiativen bekamen keine rechte. die bezirksvertretungen haben ueber die novellierung der bauordnung in den fuenf jahren nur eine einzige kompetenz mehr erhalten.

die 1973 als grosser fortschritt angekuendigte verwaltungsreform blieb ein schlagwort. in der amtsperiode von buergermeister gratz kam es zu einer vermehrung der zahl der schreibtsche in der hoheitsverwaltung um mehr als 10.000. die bereichsleiter, die modernes management in die verwaltung bringen sollten, entwickelten sich zu einem neuen geldadel von des buergermeisters gnaden.

das rathaus ist eine geschaeftsstelle der loewelstrasse. das zeigt die vergabe eines bautreuhandvertrages ueber ein kommunales wohnbauprojekt an die sozialbau, die im alleinigen eigentum der sozialistischen partei steht. das ist wohl der traurige schlusspunkt in einer reihe von faellen der filzokratie und des machtmisbrauches.
(sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (6):

debatte rechnungsabschluss (forts)

13 wien, 26.6. (rk) zur debatte ueber den kontrollamtsbericht stellte gr. d i n h o f (spoe) fest, die sozialisten haben stets verlangt, dass das kontrollamt in strenger form ueberprueft. man ist an der feststellung von maengeln schon deshalb interessiert, damit sie abgestellt werden koennen. grundsaeztlich werden die kontrollamtsberichte dem gemeinderat ungeschminkt vorgelegt, und buergermeister leopold gratz ist nicht bereit, irgendwelche aenderungen in den berichten zu verlangen. erfreulich ist, dass in den berichten jetzt auch die gegenaeusserungen abgedruckt werden. mit der gegendarstellung kann man sich ein gerechtes bild machen. nicht zu verstehen ist jedoch, wenn abteilungen zu kritischen bemerkungen einfach ueberhaupt nicht stellung nehmen. im allgemeinen ist zum kontrollamtsbericht zu sagen: maengel wurden abgestellt, in manchen bereichen kam es zu verbesserungen. erfreulich ist auch die einrichtung des sicherheitskontrollamtes. mit dem neu geschaffenen kontrollausschuss wird der opposition die moeglichkeit gegeben, mehr einschau zu erhalten.

zur kritik am neubau des allgemeinen krankenhauses: krankenhaeuser dieser groessenordnung sind auf der ganzen welt problematisch. unvermeidbar ist es, dass der technische fortschritt die bauplanung ueberholt. was hoehere bauraten betrifft - so haben sie keinen sinn, wenn sie nicht verbaut werden koennen. die haltung der oevp zum akh werde sich aber genau so ins gegenteil verkehren wie bei der uno-city und auch bei der donauinsel, die nicht nur mehr sicherheit gibt, sondern bereits sehr populaer ist.

die zwischen bund und laendern vereinbarte krankenhaesfinanzierung ist derzeit die bestmoegliche form, es fehlt aber noch - das sollte bei kuenftigen verhandlungen nicht vergessen werden - eine art finanzausgleich auf spitalsebene fuer den hoeheren wert der wiener krankenhaesbetten, die von 20 prozent nicht-wienern beansprucht werden.

erfreulich am rechnungsabschluss ist die ausgabensteigerung fuer

"soziales". es gab 20 prozent mehrausgaben. besondere leistungssteigerungen erfolgten fuer behinderte. vor gesundheitsstadtratschacher war es jedoch nicht moeglich gewesen, einen krankenanstaltenplan, einen gesundheitsplan etc. zu bekommen.

zur kritik an der stadthalle: eine kostendeckende fuehrung ist sicher nicht moeglich. die offensichtlichen maengel in der geschaeftsfuehrung wurden inzwischen von der holding beruecksichtigt, indem eine neue geschaeftsordnung fuer aufsichtsrate erlassen wurde. "ich bin auch dafuer", sagte der redner, "dass die anschaffung und notwendigkeit neuer dienstfahrzeuge genau ueberlegt wird." zum kritisierten personalaufwand: im vergleich zu graz, wo der personalaufwand 50 prozent betraegt, werden in wien nur 30 prozent ausgegeben. bei personalfragen muesste die opposition doch sagen, ob sie fuer ein mehr auf dem dienstleistungssektor ist oder nicht. es gibt in wien nicht 5.000 beamte mehr, wie angedeutet wurde, sondern mehr krankenhausbedienstete, mehr mobile schwestern etc. (smo)

die oevp sei nie gegen das allgemeine krankenhaus gewesen, erklarte stadtrat l e h n e r (oevp). sie habe sogar hoehere baukosten verlangt. zum sozialmedizinischen zentrum ost habe buergermeister jonas schon 1964 erklart, dass die planung abgeschlossen sei und mit dem bau in kuerze begonnen werde.

in der oeffentlichkeit werde klage darueber gefuehrt, dass unsere stadt ihr menschliches gesicht verliere. es sei gefaehrlich, wenn grosstaedtische anonymitaet von inhumanitaet abgeloeset werde. die suedost-tangente sei eroeffnet worden, aber auf das schicksal der anrainer habe man vergessen. wo gebe es jene plattform, von der aus die wiener mitreden koennen? die oevp habe mit bezirksparlamenten und "offenen gemeinderateten" solche moeglichkeiten geschaffen. die spoe-verwaltung sei buergerfremd geworden.

die sicherheit sei das brennendste problem. die bevoelkerung scheue sich, nach einbruch der dunkelheit auf die strasse zu gehen. bei der stadtbahn haeuften sich die unfaelle, die dunkelziffer ueberfallener menschen sei sehr hoch.

jeder dritte wiener zaehle zur gruppe der senioren. die oevp fordere seit jahren den ausbau der geriatriischen abteilungen und der pflegeeinheiten sowie die schaffung sozialer stuetzpunkte in den

bezirken. eine vorbereitung auf die pension sei notwendig.

50.000 menschen koennen wegen der nichteinfuehrung der briefwahl nicht zur wahl gehen. von der erhoehung der rezeptgebuehr seien aeltere menschen besonders betroffen. die massenverkehrsmittel seien altenfeindlich, die einfuehrung der seniorennetzkarte wurde abgelehnt. (ger) (forts.)

1404

gemeinderat (7):

debatte rechnungsabschluss (forts)

15 wien, 26.6. (rk) sooft es fuer wien und die wiener gut war, sei die oevp auf sachlichem gebiet mit der spoe einer meinung gewesen, nicht jedoch dann, wenn eine sache nur der sozialistischen partei gedient habe, stellte stadtrat n e u s s e r (oevp) fest. nach dem programm fuer die wiener soll der mensch im mittelpunkt allen handelns stehen, doch muesse man sich fragen, was von der stadt wien und vor allem vom bund tatsaechlich fuer die wiener geschehen sei. die mehrwertsteuer ist von 16 prozent auf 18 prozent erhoehrt worden, die luxusmehrwertsteuer von 30 prozent wurde eingefuehrt, ferner die kraftfahrzeugsteuer. die stempelgebuehren seien erhoehrt worden, bei der bahn, post und beim telefon habe es tarifierhoehungen gegeben. die stadt wien habe die u-bahn-steuer eingefuehrt, parkgebuehren werden verlangt und die mieten sind teurer. die konkurrenzfaehigkeit der betriebe werde immer weiter herabgesetzt. 1977 haben 65 industriebetriebe zugesperrt, im gewerbe habe es einen abgang von 235 betrieben gegeben. statt die kuh zu fuettern, werde sie unentwegt gemolken. der grossbetrieb scs in voesendorf habe einen kaufkraftverlust in der meidlinger hauptstrasse zur folge gehabt. durch das zusperrern der klein- und mittelbetriebe trete ein engpass in der nahversorgung ein und es komme zu einer verschlechterung der lebensqualitaet.

wenn die oevp gegen wiens grossbauten stellung genommen habe, so sei sie nicht gegen die errichtung der bauten wie etwa der iakw oder der donauinsel gewesen, sondern habe nur davor gewarnt, alle grossprojekte auf einmal zu beginnen. ueber diese gigantomanie habe die spoe "das wichtige zuerst" vergessen und schwerpunkte falsch gesetzt. (ba) (forts)

1423

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (8):

debatte rechnungsabschluss (forts.)

16 wien, 26.6. (rk) stadtrat m a y r nahm zu den bisherigen debattenbeitraegen stellung. bei der budgetdebatte 1977 wurde von einem defizit von 5,5 milliarden gesprochen, tatsaechlich sind es nach einer wirtschaftlichen rechnung 3,5 milliarden. die verbesserung betraegt, folgt man den rechnungen der opposition, 2 milliarden. die gesamtsumme der ruecklagen ist leicht gestiegen und daher kann von einer pluenderung nicht die rede sein.

eine uebernahme von 50 prozent der lehrergehaelter durch die laender ist niemals zur debatte gestanden, sondern nur ein abtausch gegen hoehere steuereinnahmen. auch dies wurde von den laendern abgelehnt.

in der spitalsfinanzierung hat der bund die politische verantwortung fuer die erschliessung neuer mittel uebernommen. dadurch konnte die situation wesentlich verbessert werden, und wien wird allein 1978 360 millionen mehr erhalten. dazu kommt eine 10,8prozentige erhoehung der pflegegebuehreneuersaetze durch die sozialversicherung.

fuer die "u 3" zeichnet sich eine loesung ab, die eine optimale verbindung und nutzung der vorhandenen schienenstrecken zum ziele hat.

nicht nur die sozialbau baut im oeffentlichen auftrag, sondern auch der oevp nahestehende genossenschaften, wie der verein der freunde des wohnungseigentums oder die austria-ag.

die hoehe der mieten in wien liegt unter dem bundesdurchschnitt. die mieten sind in den westlichen bundeslaendern doppelt so hoch.

es stimmt, dass ueber die wiener investitionen viele auftraege an betriebe in die anderen bundeslaender gehen. es waere schlecht, den engen wirtschaftsraum oesterreichs durch einen inneroesterreichischen protektionismus noch mehr zu beengen.

in der frage der shopping city sued stand man nur vor der alternative, ob dieses zentrum in wien oder ausserhalb wiens ge-

baut werden wuerde. verhandlungen mit niederoesterreich in diesen fragen koennten offensichtlich nur dann zum erfolg fuehren, wenn wien seinen interessensstandpunkt voellig aufgibt. das zeigt zum beispiel die frage der taxis, die zum flughafen wien-schwechat fahren, und wo es in dieser relativ kleinen frage zu keiner einigung kommt. (sei) (forts.)

1600

gemeinderat (9):

debatte rechnungsabschluss (schluss)

17 wien, 26.6. (rk) in einer zweiten wortmeldung widerholte gr. h a h n (oevp) den vorwurf, dass verwaltungsschulden nicht klar ausgewiesen werden und fuehrte als beweis einen hinweis des kontrollamtes auf einen kreditantrag der magistratsabteilung 24 um 480 millionen an, mit dem insbesondere nichtbezahlte rechnungen des jahres 1976 bezahlt werden sollten. hahn praezisierte dann, dass in wien die hoechsten mieten fuer die schlechtesten wohnungen bezahlt werden muessen. laut angaben des statistischen zentralamtes betraegt die monatliche durchschnittsmiete fuer eine wohnung ohne wasser und wc 10,74 schilling, fuer eine wohnung mit beiden einrichtungen jedoch 7,55 schilling pro quadratmeter. die oevp schlaegt eine zinsen-stuetzung fuer paragraph-7-darlehen vor.

wien muss sich um ein besseres wirtschaftsklima bemuehen, wenn einem trend der betriebsabwanderungen entgegengewirkt werden soll, erklaerte gr. dr. w o e b e r (oevp). von 1966 bis 1976 hat die stadt wien 1,4 milliarden fuer wirtschaftsfoerderung ausgegeben und damit investitionen von 9,8 milliarden stimuliert. der gleiche betrag wurde jedoch in viel kuerzerer zeit in einem einzigen betrieb, im bauring naemlich, verwirtschaftet. die echte verschuldung der stadt wien ist von 4,7 milliarden im jahre 1972 auf 18,9 milliarden gestiegen, das eigentliche budgetdefizit betraegt daher 14 milliarden. das sollte man offen zugeben. in den naechsten jahren wird sich eine betraechtliche budgetluecke zwischen einnahmen und ausgaben ergeben. laut stadtentwicklungsplan wird bis 1982 der schuldenstand 44 milliarden ausmachen und damit drei viertel des budgetvolumens erreichen. leider werden auch die ertragsanteile aus dem finanzaus-

gleich zurueckgehen, die wirtschaftliche dynamik wird sich weiter nach westoesterreich verlagern, betriebe werden aus wien ins umland abwandern. neu sind alle diese probleme nicht, sie haben sich jedoch in den letzten jahren verschaerft. die wurzeln liegen in der falschen politik der sozialisten, wie sie auch in den eigenen reihen von prof. matzner in seinen buechern genannt werden. eine oeffentliche kontrolle betreffend sparsamkeit und wirtschaftlichkeit ist notwendig. dazu bedarf es eines unabhaengigen kontrollamtes, dem auch von einer qualifizierten minderheit auftraege erteilt werden koennen.

in der frage der gemischtwirtschaftlichen betriebe bietet die oepv in ihrem kommunalpolitischen programm eine alternative an: es geht um neue formen der finanzierung, um bessere leistungen in der zusammenarbeit mit privaten. und es soll keine gemeindebetriebe fuer bereiche geben, die von privaten besser gefuehrt werden koennen. dabei geht es nicht, wie die sozialisten der oevp vorwerfen, um die vergesellschaftung der defizite und sozialisierung der gewinne. aufgegeben werden sollten kinos und gaststaetten und aehnliches. selbst das kontrollamt empfiehlt zum beispiel der zentralwerkstaette der verkehrsbetriebe reparaturen privaten zu uebergeben, weil sie dort moeglicherweise billiger sind. im uebrigen gibt es genug beispiele fuer die kooperation gemeinwirtschaftlicher betriebe mit privaten wegen des know-how und der besseren erfahrung. einer solchen entwicklung entspricht auch die meinung der mitbuerger, die sich laut meinungsbefragungen mit mehrheit bessere leistungen und kundenbetreuung erwarten. die finanzlage wird jedenfalls in zukunft mehr wirtschaftlichkeit und effektivitaet benoetigen. (smo)

zum begriff der verwaltungsschuld stellte stadtrat m a y r (spoe) klar, dass darin alle bis 31. jaenner gelegten und noch nicht bezahlten rechnungen niederschlag finden. selbstverstaendlich werden zahlungsfristen auch von der stadt wien in anspruch genommen.

gr. dr. woeber habe zunaechst den vorwurf mangelnder kooperation mit privaten erhoben und dann eine lange liste von beispielen bestehender sinnvoller kooperation vorgelegt. keineswegs alles, was prof. matzner ueber kommunalpolitik sage, sei richtig, erklarte mayr. er trete aber selbstverstaendlich fuer die innerparteiliche demokratie ein. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (10):

geschaeftsgruppe "wohnen" (forts)

18 wien, 26.6. (rk) als naechstes kapitel wurde die geschaeftsgruppe "wohnen" (amtsfuehrender stadtrat vizebuergermeister hubert p f o c h) behandelt.

Laut wohnungsbedarfsprognose ergebe sich bis 1985 ein bedarf von 80.000 wohnungen, erklarte gr. k r e n n (fpoe). die moeglichen foerderungsleistungen betragen 6.000 bis 7.000 wohnungen jaehrlich. die neubauraten weisen eine eher sinkende tendenz auf. die nachfrage nach wohnungsverbesserungen sei im steigen. die dafuer zur verfuegung gestellten mittel wirken sich allerdings vermindern auf die wohnbaufoerderung aus. der prognostizierte bevoelkerungsrueckgang zwinge zu massnahmen gegen die abwanderung und zugunsten der zuwanderung. die startwohnungen des zuwanderungsfonds seien in diesem zusammenhang positiv zu bewerten. krenn stellte die frage, wann die "gesiba"- und "neuland"-siedlungshaeuser fertiggestellt werden.

in den kleingartengebieten an der industriestrasse im 22. bezirk herrsche grosse unruhe wegen des geruechts, dass dort wohnbauten fuer un-angehoerige errichtet werden sollen.

bei den marco-polo-gruenden habe es unvertretbar hohe spekulationsgewinne gegeben. schlamperei sei dabei mit am werk gewesen. die stadtplanung habe eine rechtzeitige information der magistratsabteilung 69 versaeumt. die fpoe sei stets dafuer eingetreten, dass die stadt wien ihre taetigkeit als konkurrent des heimischen fremdenverkehrs aufgebe. diese gastronomischen betriebe haetten erhebliche defizite erwirtschaftet. die betriebe bellevue und cobenzl bieten das bild von ruinen. (ger) (forts)

1649

gemeinderat (11):

geschaeftsgruppe "wohnen" (forts.)

19 wien, 26.6. (rk) ein fuenfjahresprogramm fuer den wohnungsbau und fuer die foerderung verlangte gr. dkfm. dr. e b e r t (oevp),

damit die bevoelkerung und die bauwirtschaft wisse, mit welchem bauvolumen und mit welcher bausumme fuer die naechsten jahre gerechnet werden koenne. ausserdem fordere die oevp eine gerechtere einstellung zur eigentumswohnung, mehr kommunikationsmoeglichkeiten fuer die bevoelkerung, eine raschere assanierung, eine bessere gruenversorgung und insgesamt mehr lebensqualitaet fuer die wiener.

die sozialisten haben den wienern fuer die letzten fuef jahre 50.000 wohnungen versprochen, es werden jedoch bestenfalls 36.000 fertiggestellt. die wohnungen werden ausserdem nicht in der naehe des arbeitsplatzes errichtet, so dass auch die verkehrssituation durch die taeglichen anfahrten zum arbeitsplatz immer mehr verschlechtert wuerde.

heftige kritik uebte gr. ebert an der besiedlungspolitik der stadt wien. die jugend werde nach "transdanubien verbannt", waehrend die aelteren menschen im stadtzentrum in renovierungsbeduerftigen wohnungen zurueckbleiben. am stadtrand werden monostrukturen fabriziert, die der jugend keine erholungs- und sportflaechen bieten. das motto stadterneuerung vor stadterweiterung sei zu lange ein lippenbekenntnis der spoe gewesen. im stadterneuerungsgebiet ottakring habe es nach anfaenglichen aktionen eine zweijaehrige rathaus-pause gegeben.

der kommunale wohnbau sei weder billiger noch rascher. die bauzeiten betragen im durchschnitt 30,8 monate, die baupreise liegen in gleicher hoehe wie bei genossenschaften und gemeinnuetzigen wohnbauvereinen, auch die wohnungskosten sind nicht geringer. bei der schlechten foerderung der eigentumshaeuser bewaise die spoe, dass sie im grundprinzip eigentumsfeindlich eingestellt ist. von einer echten verbesserung der lebensqualitaet koenne man erst dann sprechen, wenn es den wiener nicht mehr an jedem wochenende aus der stadt treibe und er nicht zum "hauselbauer" in niederoesterreich werde. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (12):

geschaeftsgruppe "wohnen" (forts.)

20 wien, 26.6. (rk) in den vergangenen jahren ist in wien der bau von ueber 47.000 wohnungen gefoerdert worden. dazu kommen noch die wohnungen, die mit hilfe des wiener wohnbaufonds in den ersten jahren dieser legislaturperiode fertiggestellt wurden, betonte gr. ing. h o f s t a e t t e r (spoe) in seinem debattenbeitrag. die im arbeitsprogramm der spoe gestellten forderungen wurden auch erfuellt. man koenne auch nicht von eigentumsfeindlichkeit sprechen, wenn wien bei der foerderung von eigenheimen die hoechsten foerderungssaetze aller bundeslaender habe: 1976 wurden in wien 45 prozent der eigenheime durch oeffentliche darlehen gefoerdert.

beim wohnungsbau muesse man zwei komponenten beruecksichtigen, erklaerte hofstaetter weiter: den bedarf und die arbeitsmarktpolitischen zielsetzungen. die anzahl gefoerdeter wohnungen haenge mit der wirtschaftlichen konjunktur zusammen und sei daher, der wirtschaftlichen lage entsprechend, in einzelnen jahren unterschiedlich.

das subjektive foerderungssystem in wien sei das erfolgreichste aller bundeslaender, betonte hofstaetter ausserdem. allein an eigentumlersatzdarlehen wurden in wien 270 millionen, an mietbeihilfe 136 millionen ausgegeben. in wien werde die minderbemittelte bevoelkerung so unterstuetzt, dass sich jeder eine wohnung leisten kann.

bei der wohnungsverbesserung entfalle auf wien ein drittel der oesterreichischen gesamtsumme: 1976 wurden 9.900, 1977 9.000 wohnungseinheiten mit den mitteln der wohnungsverbesserung saniert. durch die aufzugaktion wurden bis jetzt bereits 774 aufzuege nachtraeglich eingebaut, und auch bei groesse und gestaltung der wohnungen gab es eine wesentliche verbesserung: die durchschnittliche wohnungsgroesse in wien betrage heute rund 81 quadratmeter, fassadengestaltung und konstruktive ausfuehrung der gemeindewohnbauten wurden ebenfalls besser.

zum kontrollamtsbericht ueber cobenzl und bellevue meinte hofstaetter, hier liege kein versagen der gemeinwirtschaft vor, im

gegenteil: beide objekte wurden stets von privaten paechtern betrieben und von diesen zugrunde gerichtet. trotz ausschreibung sei es nicht moeglich gewesen, neue paechter zu finden. beide objekte sollen fuer die bevoelkerung erhalten bleiben, aber nicht verschleudert werden - guenstige konditionen duerfen nicht bedeuten, dass die gebaeude aus steuergeldern renoviert werden und ein privater den gewinn erhaelt. zum kontrollamtsbericht ueber die staedtischen brausebaeder betonte der redner, dass sie eine sozial- und gesundheitspolitische aufgabe haetten und daher modernisiert und erhalten werden sollen.

(hs) (forts)

1733

gemeinderat (13):

geschaeftsgruppe "wohnen" (forts.)

21 wien, 26.6. (rk) zu einigen klarstellungen meldete sich nochmals gr. dr. e b e r t (oevp): das einfamilienhaus wird nicht mehr mit 40 prozent gefoerdert, sondern mit einem fixen betrag. 1975 wurden noch 5.000 eigentumswohnungen fertiggestellt, die zuteilung von foerderungsmitteln wurde dann gedrosselt. da kann man doch jetzt nicht sagen, dass die nachfrage nach eigentumswohnungen gesunken ist. bei vergleichsziffern ueber wohnbauleistungen kommt es immer wieder zu widerspruechen, weil verschiedenartige begriffe - "gefoerderte wohnungen", "fertiggestellte wohnungen", "baubeginne" - verglichen werden. man sollte sich endlich gemeinsam auf vergleichbare begriffe einigen. (smo) (forts.)

1735

gemeinderat (14):

geschaeftsgruppe "wohnen" (forts)

22 wien, 26.6. (rk) im wahlprogramm 1973 sei der soziale wohnbau als anliegen bezeichnet worden, wobei die einkommensverhaeltnisse zu beruecksichtigen seien, erklaerte vizebuergemeister p f o c h (spoe). in diesem programm sei die fortsetzung des kommunalen und die foerderung des gemeinnuetzigen wohnbaus angekuendigt worden.

./.

nun koenne man nachpruefen, ob diese zielsetzungen erfuehlt wurden: in keinem zeitraum der 1. oder 2. republik haben in so kurzer zeit so viele wohnungen eine qualitaetsverbesserung erfahren. 1971 betrug der anteil der wohnungen mit bad und wc 8 prozent, 1977 24 prozent. ohne wasser und wc waren 1971 32 prozent der wohnungen ausgestattet, 1977 23 prozent. von 1973 bis 1978 wurden 53.875 wohnungen gebaut und gefoerdert. darunter befinden sich 20.164 gemeindewohnungen und 3.800 einheiten in heimen. noch ein umstand muesse beruecksichtigt werden: seit 1972 wurde mit dem bau von 16.000 wohnungen begonnen, deren fertigstellung offiziell noch nicht gemeldet ist. verschiedene vereinigungen melden fertigstellungen oft mit zwei- bis dreijaehriger verspaetung.

in den letzten fuenf jahren wurden in wien also rund 50.000 wohnungen gebaut, beziehungsweise gefoerdert und 40.000 so verbessert, dass sie dem modernen standard entsprechen. diese zahl von zusammen 90.000 wohnungen entspricht der gesamtzahl der wohnungen in linz.

die im rahmen eines wohnbauprogrammes der vaterlaendischen front in den dreissiger jahren errichteten wohnungen unter der bezeichnung "familienasyl" an der adalbert stifter-strasse werden abgesiedelt. es handelt sich dabei um qualitativ ausserordentlich schlechte wohnungen.

die wiener bauwirtschaft war in den letzten zehn jahren voll ausgelastet. die vollbeschaefftigung ist ein erfolg der antizyklischen politik der stadt wien. in fuenf jahren wurden 35 milliarden eingesetzt.

etwa zwei drittel der vorhandenen mittel werden fuer den genossenschaftlichen und gemeinnuetzigen wohnungsbau zur verfuegung gestellt, etwa ein drittel fuer den kommunalen wohnbau. der kommunale wohnbau erfahre seine rechtfertigung dadurch, dass immer noch 20.000 familien auf die hilfe der gemeinde wien angewiesen sind. die gemeinde wien findet mit den hoechstbaukosten das auslangen. die einzige ausnahme bildet das per albin hansson-zentrum, wo die hoechstbaukosten um 550 schilling pro quadratmeter ueberschritten wurden.

die spoe sei nicht eigentumsfeindlich, stellte pfoch fest. er wende sich jedoch gegen bodenspekulation. das mietrechtsaenderungsgesetz von 1974 sei in diesem zusammenhang sehr positiv gewesen.

der cobenzl-bau sei von der paechterin in schlechtem zustand zurueckgelassen worden. die liegenschaft sei ausgeschrieben, man warte nun auf private initiative.

pfoch erklaerte, er sei ueber das verschwinden mancher "beisel" froh. im assanierungsgebiet ottakring gebe es keine "schoepferische pause" der stadtverwaltung. 14 liegenschaften wurden schon erworben. mit gesetzlichen massnahmen wird vorgegangen, wo es unbedingt erforderlich ist.

er denke nicht daran, 200.000 von der allgemeinheit geschaffene gemeindewohnungen zu "verscheppern", stellte pfoch fest. dadurch wuerde die wohnung zur ware. in der gemeinnuetzigkeit liege ein ungleich hoeherer moralischer anspruch als in der scheinbaren eigentumsfreundlichkeit der oevp.

keine zweite grosstadt verfuegt ueber soviele gruenflaechen, sportstaetten, spielflaechen und baeder wie wien.

die ersten siedlungshaeuser in der spargelfeldstrasse sollen im september zur benuetzung uebergeben werden, die haeuser in der carabelligasse voraussichtlich ebenfalls noch heuer. (ger)

(forts.)

1817

gemeinderat (15):

geschaeftsgruppe "wohnen" (schluss)

=++++

23 wien, 26.6. (rk) nur durch eine offensive grundankaufspolitik kann die stadtverwaltung ihre aufgaben wirkungsvoll erfuellen, ergriff gr. o u t o l n y (spoe) das wort. in den letzten fuenf jahren sind 1.600 grundtransaktionen mit einem umsatz von 4 milliarden getaetigt worden. zwei quadratkilometer staedtische grundflaeche wurden an private und gemeinnuetzige vereine verkauft, sie dienten groesstenteils der betriebsansiedlung. elf quadratkilometer flaeche wurde von der stadt wien gekauft, davon 75 prozent zur sicherung des wald- und wiesenguertels, zwei prozent fuer infrastrukturelle einrichtungen, sechs prozent fuer den wohnbau und assanierungsvorhaben und sechs prozent als bauland- und tauschreserve. dem vorwurf der oevp, dass die stadt wien zu viel grund und boden ankaufe, steht eine studie der arbeiterkammer gegenueber, dass

die gesamte flaechenreserve maximal vier bis sechs jahre ausreiche.
die stadterneuerung habe bereits 1957 in erdberg begonnen.
assanierungen wurden dann im lichtental fortgesetzt, in alt
ottakring, im 15. bezirk und werden seit vier jahren nun wieder in
ottakring betrieben. 46 liegenschaften sind zum zweck der stadter-
neuerung gekauft worden. die konservative form der stadterneuerung,
in der die stadtverwaltung alle kosten traegt, und die privaten bau-
herren dann ihre profite herausschlagen, sei jedoch indiskutabel.
die oevp kritisiere bisweilen um des kritisierens willen: sie wirft
den sozialisten mangelnde initiativen in der stadterneuerung vor und
bekrittelt gleichzeitig, wenn teure grundstuecke in teuren stadtge-
bieten gekauft werden.

bei der absiedlung von kleingaerten scheut sich die oevp nicht
von "sozialen tragoedien" zu sprechen, ohne sich zu informieren,
dass mehr kleingartenlose aufgeschlossen als abgesiedelt wurden.
seit 1973 wurden in acht bezirken 990 kleingaerten geraeumt und in
zehn bezirken 19 neue anlagen mit 1.041 parzellen aufgeschlossen.
die neufassung des kleingartengesetzes, dessen entwurf bereits
fertiggestellt ist, wird eine wesentliche strukturverbesserung fuer
die kleingartenanlagen bringen. durch die aenderungen im flaechen-
widmungs- und bebauungsplan werden diese anlagen widmungsrechtlich
gesichert.

ein neues soziales mietenrecht, die novellierung des stadt-
erneuerungsgesetzes und ein koordiniertes auftreten auf dem boden-
markt sollen kuenftig die assanierungsmassnahmen beschleunigen helfen.

(ba) (forts)

1841

gemeinderat (16):

debatte "u-bahn"

24 wien, 26.6. (rk) als naechstes kapitel wurde der u-bahn-bau
aus der geschaeftsgruppe verkehr und energie (amtsfuehrender stadtrat
franz nekula) behandelt.

ein hervorstechendes merkmal des rechnungsabschlusses bei der
geschaeftsgruppe verkehr und energie sind die minderausgaben bei den
baulichen herstellungen, die 1976 bereits 335 millionen und 1977

238 millionen betragen haben, kritisierte gr. dkfm. b a u e r (fpoe). diesen minderausgaben stehen 1976 mehreinnahmen von 180 millionen und 1977 von 323 millionen gegenueber, die aus den im voranschlag nicht beruecksichtigten bundeszuschuessen aus der kfzsteuer resultieren. hier wurde entweder der grundsatz der budgetklarheit und budgetwahrheit umgangen oder es sollte die ungenuegende bauvorbereitung beim u-bahn-bau kaschiert werden, stellte bauer fest. als konsequenz musste 1977 fast eine halbe milliarde einer sonderuecklage zugefuehrt werden. rechnet man minderausgaben, mehreinnahmen und sonderruecklage zusammen, so zeigt sich, dass innerhalb von zwei jahren um rund 1,2 milliarden beim u-bahn-bau weniger verwendet wurden als geplant war und finanziell moeglich gewesen waere.

bauer forderte daher den finanzstadtrat auf, zu erklaren, wieso er behaupten koenne, dass der u-bahn-bau rascher vor sich gehe, wenn aufgrund des kontrollamtsberichts feststehe, dass die minderausgaben nicht echte kosteneinsparungen darstellen, sondern in fehlentscheidungen und bauverzoegerungen begruendet seien. bei gleichem bautempo und gleicher finanzierungsintensitaet werde der bau der wiener u-bahn etwa hundert jahre dauern und mit 125 milliarden der teuerste der welt sein, erklarte bauer. er zitierte abschliessend den kontrollamtsbericht, der beim u-bahn-bau u. a. mangelnde kredituebersicht bei vermeidbarem verwaltungsaufwand, fehleinschaetzungen und zurueckstellung vorgesehener arbeiten kritisierte. (hs) (forts.)

1846

gemeinderat (17):

debatte "u-bahn" (forts.)

25 wien, 26.6. (rk) gr. ing. k r e i n e r (oevp) gab der sorge ausdruck, dass die u-bahn-ruecklage von 598 millionen s fuer kuenftige budgetabgaenge verwendet werden wird. die gesamttausgaben betragen bis ende 1977 13,2 milliarden, heuer sind noch weitere 8,3 milliarden vorgesehen. das grundnetz der "u 1", "u 2" und "u 4" wird also viermal so viel kosten wie urspruenglich angenommen. der redner schloss sich dem kontrollamtsbericht an, in dem minderausgaben auf den verschiedensten bereichen der planung und vorarbeit kritisiert werden. bei der "u 4" machen die minderaus-

gaben 1977 148 millionen aus - dafuer habe stadtrat nekula die verantwortung, der gleichzeitig kein geld fuer die modernisierung der stadtbahn ausgibt, wodurch es zu unfaellen kommt. fuer die "u 3" wurden eine achtjaehrige bauzeit und kosten von 11 milliarden angenommen. ueber linienfuehrung, finanzierung und baubeginn gibt es aber noch keine beschluesse. urploetzlich ist jedoch das projekt eines u-bahn-zwitter - halb u-, halb s-bahn - aufgetaucht, ein derartiges verkehrsmittel wuerde nicht nur grosse technische schwierigkeiten bringen, sondern auch sehr teuer sein. allein ein einziges fahrzeug waere um 50 prozent teurer als ein normales u-bahn-fahrzeug. das wesentlichste aber: dieser "zwitter" wuerde 26 milliarden kosten - um die haelfte koennte man die normale "u 3" bauen, um die andere haelfte die vorortelinie und verbindungsbahn auf s-bahn-betrieb umstellen.

stadtrat nekula hat schon vor zwei jahren eine verkehrskonzeption fuer 1978 angekuendigt. sie gibt es von nekula noch nicht, hingegen hat die stadtplanung eine verkehrskonzeption vorgelegt, die sich als unvollstaendiges papier erweist, darin wird die fertigstellung der linien "u 1", "u 2" und "u 4" voraussichtlich mit 1981 angekuendigt, kosten-nutzen-untersuchungen werden versprochen.

zugegeben wird auch, dass die u-bahn im betrieb einen hoeheren aufwand erfordern wird als urspruenglich angenommen. sie wird bei den stadtwerken keine einsparungen bringen, und es ist mit einem jaehrlichen abgang von 2 bis 3 milliarden zu rechnen. berechnungen, in die der gemeinderat einsicht nehmen kann, gibt es jedoch bisher nicht.

alle diese fakten beweisen die hilflosigkeit der stadtverwaltung und die berechtigung des misstrauens gegen diesen stadtrat. (smo)
(forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (18):

debatte ''u-bahn'' (schluss)

26 wien, 26.6. (rk) bis heute wurden fuer den u-bahn-bau 14 mil-
liarden ausgegeben, erklarte gr. s c h w a r z (spoe). der
ueberwiegende teil dieser mittel wurde von der wiener bevoelkerung
aufgebracht. ueber 50 prozent flossen in form von lohn- und material-
kosten in die bundeslaender. der u-bahn-bau wirkte sich fuer wien
und fuer ganz oesterreich wirtschaftlich positiv und arbeitsplatz-
sichernd aus. schon jetzt fahren auf der ersten u-bahn-teilstrecke
mehr fahrgaeste als frueher mit der strassenbahn. im august wird die
''u 4'' bis zum karlsplatz verlaengert und damit eine zehn kilometer
lange u-bahn-verbinding geschaffen. noch heuer wird auch die ''u 1''
bis zum stephansplatz verlaengert. 1980 faehrt die ''u 2'' zwischen
karlsplatz und ringturm. die grossbaustellen schwedenplatz und
praterstrasse werden demnaechst geschlossen. zu minderausgaben sei
es aus verschiedensten gruenden gekommen, so etwa durch preis-
guenstige angebote, einsparungen, verzoegerungen und schwierig-
keiten bei grundeinloesungen. die u-bahn-arbeiten in der lassalle-
strasse machen gute fortschritte, die verlaengering der ''u 1'' nach
sueden ist in planung.

bei den beratungen ueber die verkehrskonzeption gebe es offen-
sichtlich koordinationschwierigkeiten zwischen den oevp-mitgliedern
verschiedener ausschuesse, erklarte gr. ing. n e d w e d (spoe).
in wien hat das u-bahn-zeitalter am 25. februar 1978 begonnen. eine
halbe million menschen ergriffen sofort besitz von dem neuen ver-
kehrsmittel. eine ifes-befragung ueber die u-bahn zeigte die zu-
friedenheit der fahrgaeste. 95 prozent der befragten beurteilten
die u-bahn positiv. bereits 8 prozent sind vom auto auf die u-bahn
umgestiegen. die u-bahn ist eine grossartige technische und wirt-
schaftliche leistung. viele technische probleme - etwa der schutz
des stephansdomes, die unterquerung des donaukanals - waren zu loe-
sen. die errichtung von fussgaengerzonen und garagen war mit dem
bau der u-bahn verbunden.

1969 beschloss der nationalrat einen u-bahn-zuschuss. nach dem

beschluss ueber eine u-bahn-abgabe erhob aber dann der bundesrat einspruch. auch die regierung klaus erhob einspruch. die oevp blockierte also anfaenglich die u-bahn-finanzierung. dennoch wurde mit dem bau begonnen. die sozialistische bundesregierung ermoeoglicht eine prioritaaetensetzung zugunsten des oeffentlichen verkehrs. das programm der spoe spricht sich eindeutig fuer den bau einer west-ost-durchmesserlinie aus. (ger)

die oevp rege sich meistens wegen mehrausgaben auf, stellte stadtrat nekula (spoe) fest. bei derartigen grossen bauvorhaben wie beim u-bahn-bau muesse man jedoch mit unvorhergesehenen terminverschiebungen rechnen, die dann minderausgaben zur folge haben. so habe beispielsweise eine baufirma im bauabschnitt schottenring die arbeiten kapazitaetsmaessig nicht bewaeltigen koennen. im abschnitt friedensbruecke habe eine berechnung gefehlt, die in der ausschreibung verlangt worden sei. der terminplan der u-bahn sei bis jetzt nicht nur eingehalten worden, sondern koenne auch vorzeitig erfuehrt werden. die bauarbeiten der "u 4" werden bei voller aufrechterhaltung des betriebes durchgefuehrt, wodurch es zu verzoegerungen und verspaetung im fahrplan kommen kann. die hoeheren betriebskosten der u-bahn sind verstaendlich, wenn man die leistungsfahigkeit dieses verkehrsmittels ins kalkuel zieht. die u-bahn be-noetigt rolltreppen, kuenstliche beleuchtung der stationen, einen hoeheren stromverbrauch und anderes mehr.

zur "u 3-s" sei festzustellen, dass die oesterreichischen techniker der meinung sind, ein solches fahrzeug sei baubar und betriebsfahig. gespraechе ueber den west-ost-durchmesser werden mit den oebb gefuehrt.

fuer den u-bahn-bau seien bis 1976 12,7 milliarden ausgegeben worden. davon sind 6,5 milliarden in form von auftraegen in die bundeslaender gegangen. die vollendung des u-bahn-grundnetzes bis 1981 wird auf der preisbasis von 1976 18 milliarden betragen. 1981 wird das fertige u-bahn-grundnetz der wiener bevoelkerung zur verfuegung stehen, und damit ein leistungsfahiges verkehrsmittel, das, wie die bisherigen erfahrungen zeigen, gerne angenommen wird. (ba)

es ist ein zauberkunststueck, mit der u-bahn frueher fertig zu sein, und trotzdem hunderte millionen nicht zu verbauen, erklarte

gr. dr. m a y r (oevp). als mangelnde koordination kritisierte mayr, dass beim umbau der lastenstrasse im bereich der secession ueber den standort eines lueftungsbauwerkes noch nicht entschieden wurde.

stadtrat n e k u l a (spoe) stellte dazu fest, dass ueber den standort des lueftungsbauwerkes bereits entschieden wurde. gr. ing. k r e i n e r (oevp) warf in einer weiteren wortmeldung stadtrat nekula ein gestoertes verhaeltnis zu zahlen vor. kreiner bezweifelte weiter die ergebnisse der u-bahn-befragung, da nicht nur benuetzer, sondern auch viele schaulustige befragt wurden. (sei) (forts)

2009

gemeinderat (19):

geschaeftsgruppe "bauten"

27 wien, 26.6. (rk) als naechstes kapitel wurde die geschaeftsgruppe "bauten" (amtsfuehrender stadtrat hans b o e c k) behandelt.

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) nahm zu bemaengelungen des kontrollamtes stellung, die seiner meinung nach grundsaeztliche bedeutung haben: fuer die bauarbeiten am hochwasserschutz wurde die wasserrechtliche auflage erteilt, dass aushub und schuettung hand in hand gehen muessen, damit staendig aus sicherheitsgruenden eine wasserabflussmenge von 11.600 kubikmeter pro sekunde gewaehrleistet ist. das wurde im letzten jahr nicht befolgt. die schuettung "lief" dem aushub um eine laenge von 1,2 kilometer voran. dieses risiko, das die gefahr von hochwasserschaeden am hubertusdamm und an der insel-schuettung in sich barg, wurde mit den projektaenderungen begruendet. den gemeindegremien, die die projektaenderungen beschlossen haben, wurde jedoch nichts von auflagen mitgeteilt. grundsaeztliche schluesse ergeben sich auch aus der vorlage der schlussrechnung fuer das stadthallenbad, die erst 1977 erfolgte. infolge der unausgereiften planung hatten 300 nachtragsangebote meist ohne ausschreibung eingeholt werden muessen. die zustaeendige magistratsabteilung entgegnet, dass sie sich in zukunft um zeitgerechte planung bemuehen wird, sei sich aber bewusst, dass es wieder zur ueberlappung von planung und bauausfuehrung kommen wird. damit werden planungspleiten vorprogrammiert, sagte dr. hirnschall.

zum weststadion: es scheint nun klar zu sein, dass keine konstruktiven maengel, sondern fehlende abdeckungen an den pfeilern zu den rissen gefuehrt haben. wenn so etwas passieren kann, fragt man sich, wozu staedtische baubueros auf den baustellen sind, wenn sie nicht derartige dinge kontrollieren. unklar ist schliesslich die kostenentwicklung bei der neuen reichsbruecke. das projekt johann nestroy wurde unter anderem gewaehlt, weil es mit 563 millionen das billigste war. nun werden dafuer 800 millionen veranschlagt. es wurden naemlich 40 prozent fuer ''unvorhergesehenes'' dazugerechnet. frage: sind das reserven fuer lohn- und preissteigerungen oder eine stille reserve fuer das projekt, weil es vielleicht seinerzeit unvollstaendig geschaetzt worden ist?

gr. dr. hirnschall nahm abschliessend zu einer frage stellung, die gr. mayrhofer in der generaldebatte an ihn gestellt hatte: er, hirnschall, haette nie an einer veranstaltung eines neonazistischen vereines teilgenommen. er war jedoch von demokratischen vereinen wie der landsmannschaft und des akademikerverbandes zu einer sonnwendfeier eingeladen gewesen und habe an der eroeffnung der feier teilgenommen. es wird von ihm aber nicht gebilligt, dass kleine radikale gruppen sich unter die veranstaltungen gemischt haben und ihr gedankengut verbreitet haben. (smo)

gr. h o f f m a n n (oevp) bezeichnete das kapitel strassenbau als ''ausgehungert''. im vergangenen jahr habe es durch baustellen ein verkehrschaos gegeben. auch heuer sei ein aufgrabungschaos zu befuerchten. die schwechat-wildbach-regulierung sei nur teilerfuellt worden. dies sei ein problem der sicherheit. an beiden donauufern bestuende hochwassergefahr. fuer das rechte ufer wurden nicht einmal alle mittel verbaut. die ueberpruefung der bruecken waere schon viel frueher notwendig gewesen. trotz draengens der oevp habe sich die spoe nicht um den zustand der bruecken gekuemmert.

16 monate habe es gedauert, ehe man zu einem uebereinkommen mit dem bund ueber die floridsdorfer bruecke gekommen sei. im nationalrat und im gemeinderat hatte die oevp antraege gestellt, in dieser angelegenheit endlich aktiv zu werden. mit 40 prozent sei der anteil der stadt sehr hoch.

man muesse froh sein, dass oevp-minister beziehungsweise die

oevp-alleinregierung die nord- und die praterbruecke gebaut haben, die nach dem einsturz der reichsbruecke und der sperre der floridsdorfer bruecke als einzige donaubruecken zur verfuegung standen.

stadtrat boeck sei bei seiner amtsuebernahme buchstaeblich vortruemmern gestanden. er habe sich durch seine leistungen die achtung und anerkennung der oevp-fraktion erworben. (ger) (forts)

2032

gemeinderat (20):

geschaeftsgruppe "bauten" (forts.)

28 wien, 26.6. (rk) ueber die leistungen im brueckenbau sprach gr. l a n g h e i n r i c h (spoe). 483 bruecken im raum wien sind ueberprueft und saniert, an 25 bruecken wird noch gearbeitet, fuenf werden noch ueberprueft. der bau von 21 neuen bruecken gibt ein beredtes zeugnis von der baukapazitaet der stadt wien, das die argumente der oevp, wie "brueckenchaos" und "krankes wien" ad absurdum fuehrt. die arbeiten an den bruecken gestalten sich besonders schwierig, da sie bei voller aufrechterhaltung des verkehrs durchgefuehrt werden. eine besondere leistung der stadt wien ist auch der bau der suedosttangente, die die fahrzeit fuer viele wiener verkuerzt, fuer die wohnbereiche eine entlastung darstellt, energie einspart und den wienern mehr freizeit bietet.

gr. franziska f o h l e r (spoe) hob die leistungen der stadt auf dem sektor des wohnbaus hervor. seit 1945 wurden 128.000 wohnungen fuer 384.000 wiener errichtet. das problem der quantitativen nachfrage ist geloest, der schwerpunkt liegt heute auf der qualitativen ausfuehrung. dazu gibt es einige modellfaelle, wie beispielsweise die mieter-partizipation in der fesstgasse im 16. bezirk, wo die mieter bei der planung des wohnraumes mitsprechen koennen. bei anderen wohnhausanlagen wird groesster wert darauf gelegt, dass sie sich harmonisch in das stadtbild einfuegen, wie beispielsweise bei der wohnhausanlage in der heiligenstaedter strasse am fusse des kahlenberges, die in einer schutzzone errichtet wird. im jahr 1978 werden insgesamt 5.000 wohnungen fertiggestellt und es wird mit dem bau von 2.100 wohnungen auf 25 baustellen begonnen. durch die anwendung neuer baumaterialien und bautechniken werden diese wohnungen vielen menschen modernen wohnkomfort bieten. (ba) (forts.)

2048

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (21):

geschaeftsgruppe "bauten" (schluss)

=++++

29 wien, 26.6. (rk) fuer den laermschutz gelten drei grundsaeetze, erklaerte stadtrat b o e c k (spoe). bei der planung neuer schnellstrassen ist der laermschutz bereits miteinzubeziehen. bei bereits fertiggestellten strassen ist dort, wo es irgendwo moeglich ist, ein erdwall zu errichten. erdwaeelle bieten den schoensten und besten schutz. nur dort, wo es nicht moeglich ist, werden mauern errichtet. der einbau von laermschutzsicheren fenstern ist der letzte ausweg, wenn zum beispiel eine strasse ueber bruecken gefuehrt wird. derzeit werden von floridsdorf bis zur suedautobahn alle laermschutzmassnahmen geprueft. eine erleichterung koennte auch eintreffen, wenn sich die autofahrer an die vorgeschriebene hoechstgeschwindigkeit von 80 km/h halten wuerden. die sanierungsarbeiten beim weststadion gehen gut voran. es kann gerechnet werden, dass die sanierung der 38 pfeiler anfang bis mitte august abgeschlossen ist. der rasen des weststadions wurde ebenfalls saniert und bestand die bewaehrungsprobe der letzten schweren regenfaelle gut.

beim hochwasserschutz ist die notwendige sicherheit vorhanden. am linken donauufer kann bereits von einer vollkommenen sicherheit gesprochen werden. der wegtransport des aushubmaterials fuehrte in der nacht zu vielen beschwerden. bei tag koenne allerdings nur ein drittel der anfallenden menge abtransportiert werden.

die grunduntersuchungen bei der rechten donaukante koennen erst kurz vor beginn der bauarbeiten durchgefuehrt werden, da sie sonst ueberholt waeren.

abschliessend erklaerte stadtrat boeck, dass der bau und die sanierung der bruecken in wien in einem tempo erfolgt, das beispielhaft ist. man kann mit gutem grund von einem raschen baufortschritt sprechen.

die sitzung des gemeinderates wurde nach fast zweiundzwanzigstuendiger dauer unterbrochen und wird morgen, dienstag, nach einer sitzung des wiener landtages (beginn 9 uhr) fortgesetzt. auf der tagesordnung steht die beratung der geschaeftsgruppen "staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz", "gesundheit und soziales" und "stadtplanung". (sei) (schluss)